



Unser Titelblatt

Dritt-Welt-Staaten sind oft Rohstoffexporteure. Ihre Staatshaushalte bauen auf den Einnahmen aus dem Rohstofflerlös auf. Je stärker ein Rohstofflieferant in den Welthandel einbezogen ist, desto grösser seine Verwundbarkeit, wenn Rohstoffpreise sinken. Unser Bild: Ethanol-Anlage in Triangle/Zimbabwe: Hier erfolgte eine partielle Abkoppelung vom Rohstoff Erdöl. Bild: Gertrud Baud.

Die Wirtschaftslage und die Wahrnehmung des wirtschaftlichen Zustandes haben sich innerhalb eines halben Jahres dramatisch verändert. Im letzten Sommer und Herbst wurde vor dem Hintergrund der Immobilienblase in den USA und später in Grossbritannien noch von einem «Blechsaden» gesprochen. Bald war dann aus diesem kleinen Betriebsunfall schon die «Hypothekarkrise» geworden, die bald weitere Länder Europas in Mitleidenschaft zog, so etwa Spanien. Nicht genug damit. Dann kam die «Finanzkrise» und heute wird weltweit versucht, die Weltwirtschaftskrise in den Griff zu bekommen. Vom Feuerchen zum Steppenbrand, könnte man sagen...

Leiden tun allemal vor allem die Menschen an der Peripherie. Während die Länder der Dritten Welt vom «Blechsaden» resp. der US-Hypothekarkrise kaum tangiert wurden, sind sie nun voll in den Strudel der Weltwirtschaftskrise hineingerissen worden. Während die Drittwelt-Börsen lange Zeit kaum von der Immobilienkrise tangiert wurde im Unterschied zu den Börsen der USA und Europas, kommt heute das Unglück knüppeldick: Alle Indikatoren für Rohstoffe – und die Drittwelt-Länder leben nun mal von diesen – sind negativ. Alle Preise sind ins Bodenlose abgeschmiert. Rohstoffe haben ohne Ausnahme innert weniger Monate Preisverluste bis zu 80 Prozent hinnehmen müssen!

Wie soll auf einer solchen Basis ein vernünftiges Staatsbudget aussehen? Wie können die staatlichen Aufgaben weiter finanziert werden? Wir reden nicht von der Anschaffung von Kriegsmaterial, nein, es fängt bei den Schulen, den Krankenstationen und Spitälern und beim Unterhalt der meist eh schon dürftigen Infrastruktur an. Zusammenbruch der Wasserversorgung: Das heisst in Zimbabwe Cholera mit Tausenden von Toten.

Die Krise und das Krisenmanagement zeigt jedoch auch Überraschendes: Am G20-Gipfel von Anfang April in London haben die USA als Führungsmacht abgedankt. Krisenlösungen sind nur noch im Verbund mit Europa möglich. Und plötzlich steht ein neuer Megaplayer im Ring: China. Bereits wird – vielleicht nur mal als Versuchsballon – der Vorschlag in die Runde geworfen, dass anstelle des US-Dollars eine neue internationale Leitwährung geschaffen wird und damit die Abkoppelung von der US-Schuldenwirtschaft.

Was vielleicht heute noch undenkbar scheint, kann schon bald konkret werden. Vielleicht ein kleiner Mosaikstein, um eine ausgeglichene Entwicklung sicher zu stellen.

Im vorliegenden «Afrika-Bulletin» gehen wir auf die Auswirkungen der Finanz- und Weltwirtschaftskrise ein. Von Mascha Madörin und Hans Schäppi, zwei ausgewiesenen Fachleuten, haben wir Beiträge erhalten. Zudem geht Heiner Flassbeck, UNCTAD-Direktor, auf die Auswirkungen der Finanzkrise ein.

Wir wünschen spannende Lektüre – und für Reaktionen aus der Leserschaft sind wir immer froh! ■

Hans-Ulrich Stauffer

Impressum

Ausgabe 134 | Mai / Juni 2009
ISSN 1661-5603

Das «Afrika-Bulletin» erscheint vierteljährlich im 34. Jahrgang.
Herausgeberin: Afrika-Komitee, Basel.

Redaktion: Hans-Ulrich Stauffer
Redaktionssekretariat: Beatrice Felber Rochat

Afrika-Komitee: Postfach 1072, 4001 Basel, Schweiz
Telefon (+41)61-692 51 88 | Fax (+41)61-269 80 50
E-Mail Redaktionelles: afrikabulletin@afrikakomitee.ch
E-Mail Abonnemente und Bestellungen: info@afrikakomitee.ch
Postcheck-Konto Basel 40-17754-3
BRD-Konto: B. Felber, Basel, 329 50-754
Postbank Karlsruhe (BLZ 660 100 75)

Das Afrika-Komitee im Internet: www.afrikakomitee.ch
E-Mail-Adresse: info@afrikakomitee.ch

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Gertrud Baud; Susy Greuter; Pius Frey, Comedia St. Gallen; Jana Kawina;
Barbara Müller; Rita Schäfer; Charlotte Schläpfer; Ruedi Suter; Mitarbeitende am
Schwerpunkt: Peter Keller; Hans Schäppi, solifonds; Mascha Madörin.

Gestaltungskonzept: typOHaller
Layout: 9•6 | Felicitas Wernli | Basel
Druck: Rumzeis-Druck, Basel

Inserate: Gemäss Tarif 5/99, Beilagen auf Anfrage
Jahresabonnement: Fr. 25.–/Euro 20.–
Unterstützungsabonnement: Fr. 50.–/Euro 35.–
Im Mitgliederbeitrag von Fr. 60.–/Euro 40.– ist das Abonnement enthalten.

Redaktionsschluss Nummer 135: 30. Juni 2009.
Schwerpunkt: Millenniumsziel «Bildung für alle».
Mögliche Schwerpunkte weiterer Ausgaben: Demokratie, Sudan und Darfur.
Interessenten an einer Mitarbeit sind eingeladen, mit der Redaktion
Kontakt aufzunehmen.

Rückschlag für Afrika

Weltwirtschaftskrise trifft Entwicklungsländer

Je weniger ein Land in die Weltwirtschaft eingebunden ist, desto geringer dürfte es von der Weltwirtschaftskrise betroffen sein. Drittweltstaaten, die jedoch durch Rohstoffexporte in die Weltwirtschaft eingebunden sind, leiden. Schwellenländer galten als Wachstumsmotoren der Weltwirtschaft. Sie werden nun durch die Finanzkrise ausgebremst. Eine Übersicht über die Entwicklung von Hans-Ulrich Stauffer.

Wenn der Reiche abnehmen muss, verhungert der Arme

Schwellenländer, also Länder der Dritten Welt mit einer bereits erfolgten starken Entwicklung wie etwa Brasilien, Mexiko, Südafrika, Indien oder China, haben in den vergangenen Jahren ein beachtliches Wachstum aufweisen können. Aber auch ärmere Länder haben von der Preishausse für Rohstoffe profitiert. In Asien sank das Verhältnis der Auslandschulden zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 32 in 1994 auf rund 19 Prozent in 2007. Auch Lateinamerika reduzierte seine Auslandschulden von 38 auf 23 Prozent des BIP.

Im Durchschnitt lagen die Wachstumsraten der Entwicklungs- und Schwellenländer 2007 bei knapp 8 Prozent, während die USA mit einer Rate von gut 2 Prozent wuchsen. Für Gesamtafrika wird vom Weltwährungsfonds ein Wachstum von 5,5 Prozent für 2008 genannt.

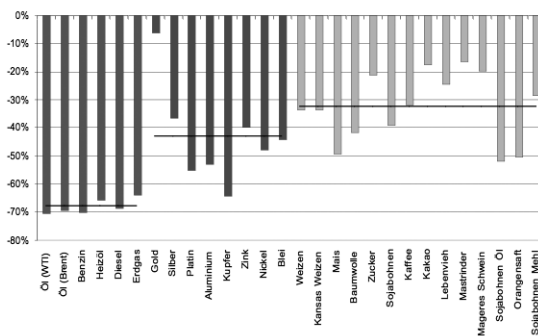
Von der eigentlichen Hypothekarkrise der USA (und in beschränkterem Ausmass von Grossbritannien) sind die Schwellen- und Drittwellenländer nicht betroffen. Sie haben kaum Anlagen in diesen «toxischen Papieren» getätigt. Doch nun schlägt die globale Rezession durch. Mehrere Mechanismen wirken sich aus.

- Aufgrund der Finanzkrise werden Guthaben und Investitionen in Drittwellenstaaten heruntergefahren. Das kann aus purer Angst der Anleger sein oder weil die Gelder gebraucht werden, um Löcher zu stopfen. Die Folge: De-Investition in der Dritten Welt.
- Industriestaaten wie auch Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank buttern Milliarden in ihre notleidende Wirtschaft oder müssen Staaten vor dem Staatsbankrott retten. Geld fließt heute in die staatlichen Hilfspakete, in die osteuropäischen Transformationsländer oder nach Island.
- Die Wirtschaft stockt. Es werden weniger Güter produziert und verkauft. Deshalb werden weniger Rohstoffe benötigt und die Rohstoffpreise sinken. Rohstofflieferanten nehmen weniger ein. Sinkende Rohstoffpreise und ein geringeres Handelsvolumen führen zu tieferen Einnahmen. Entwicklungsländer, deren Staatsbudget auf Rohstoffeinnahmen aufbaut, erleben ein Fiasko. Aufgrund des Preiszerfalls beim Kaffee nimmt etwa Äthiopien nur knapp 60 Prozent der erwarteten Einnahmen ein.
- Protektionistische Tendenzen nehmen zu: Regierungen versuchen, ihre angeschlagene Wirtschaft zu retten, indem neue Handelshemmnisse und Importschranken aufgebaut werden. Dies im Gegensatz zur forcierten Globalisierung und Freihandel, die sich als Schönwetterideologie der Industriestaaten entpuppen.

Düstere Aussichten

Für Afrika wird für 2009 ein Null- oder Minuswachstum erwartet. Für die weltweit 23 Länder, mit denen bereits in den vergangenen Jahren ein gänzlicher Schuldenerlass durchgeführt wurde, ist die Perspektive katastrophal: 14 von ihnen sind bereits heute wieder in der Überschuldung. Was in guten Zeiten als Annahme für ein ausgewogenes Budget mit Wachstumspotential aussah, verkehrt sich in der Rezession zum Schuldenhammer. In den letzten Jahren gelang es nur mit grossen Anstrengungen, Gläubigerländer dazu zu bringen, 117 Milliarden US-Dollar für den Erlass von Auslandschulden armer Entwicklungsländer zur Verfügung zu stellen, wie es die Weltbank 1999 beschlossen hat. Andererseits sind heute bereits rund 1500 Milliarden in die notleidende Wirtschaft und kollabierenden Banken der Industriestaaten gesteckt worden, wöchentlich werden es mehr.

2. Halbjahr 2008: Zusammenbruch der Rohstoffpreise



Afrika und China sind wirtschaftlich seit einigen Jahren eng verbunden. Doch das hilft heute wenig. Chinas Wirtschaft steckt ebenfalls in der Krise. 25 Millionen Menschen sind bereits arbeitslos geworden. Chinesische Firmen ziehen sich aus Afrika zurück, so etwa 60 Bergbauunternehmen aus dem Kongo oder 100 Kleinunternehmer aus Zambia. Die Süd-Süd-Integration leidet aufgrund des Zusammenbruchs des Handels und der eingetretenen Zahlungsunfähigkeit.

Die Lage der Entwicklungsländer, vor allem in Subsahara-Afrika, ist ernst. Diese Länder haben schwache nationale Wirtschaften und leben vor allem vom Rohstoffexport. Ohne an den Ursachen der Krise beteiligt zu sein, bedroht diese die Entwicklungsperspektiven. Die Erreichung der Millenniumsziele, nämlich die Bekämpfung der extremen Armut und Hunger, das Erreichen einer vollständigen Einschulung der Kinder und die Reduktion der Kindersterblichkeit ist mehr als fraglich.

Für zahlreiche Entwicklungsländer sind Rohstoffe die Basis der Wirtschaft. Der Zusammenbruch aller Rohstoffpreise wirkt sich katastrophal auf die Entwicklung aus. (Quelle: Bank Sarasin)

Umverteilung – Demokratie – Deglobalisierung

Weltwirtschaftskrise und die Länder des Südens

Die Finanzmarktkrise ist nur der aktuellste Ausdruck einer tiefen krisenhaften Entwicklung der Weltwirtschaft. Diese begann im Sommer 2007 in den USA im Immobilienbereich, führte in diesem Herbst 2008 zur Bankenkrise und zu einem Crash an den Börsen, welche das Funktionieren des globalen Kreditsystems fundamental erschüttert haben. Hans Schäppi zeichnet die jüngste Entwicklung nach.

Wie kam es zur Krise?

Spätestens seit 1945 besitzen die USA in der Weltwirtschaft als Träger der liberalen Ideologie und des Freihandelsimperialismus eine hegemoniale wirtschaftliche und militärische Stellung.

Mit dem Zusammenbruch der UdSSR zu Beginn der 1990er-Jahre schien die US-Dominanz gar einen Höhepunkt zu erreichen. Zentrale Faktoren der hegemonialen Stellung der USA sind der Dollar als Leitwährung, abgestützt auf das wirtschaftlichen Gewicht der USA und deren militärische Vorherrschaft. Aus diesem imperialen Überlegenheitsbewusstsein heraus konnten sich seit Reagan die USA-Regierungen erlauben, ihre Bevölkerung über ihre Verhältnisse leben zu lassen. Das Leben auf Pump, der Überkonsum, die überdimensionierten Militärausgaben und die damit zusammenhängende Verschuldung wurden durch die Zahlungsbilanzüberschüsse der EU-Länder, Japans und – heute zunehmend – Chinas und der erdölexportierenden Länder des Nahen Ostens ermöglicht.

In der Krise der 1970er-Jahre wurde aber nicht nur die US-Hegemonie neu definiert, es hat sich als Reaktion auf die sozialen Kämpfe und Streiks Ende der 60er- und anfangs der 70er-Jahre und in einer Situation einer strukturellen Überakkumulation und anwachsenden Massenarbeitslosigkeit das neoliberale politische Projekt durchgesetzt und damit ein neues Regime herausgebildet: Jenes der flexiblen Akkumulation. Es resultiert aus den neoliberalen Umstrukturierungen, insbesondere aus dem Abbau aller Beschränkungen für den Handelsverkehr, für Investitionen, Kapitaltransfers und Devisenhandel.

Diese Liberalisierung ermöglichte die weltweite Jagd nach den höchsten Profiten und heizte die Standortkonkurrenz an. Diese bietet optimale Möglichkeiten, am Standort Lohnrestriktionen, eine Disziplinierung der Gewerkschaften und damit die Verschiebung von den Lohneinkommen zu den Profiten und Gewinneinkommen durchzusetzen. Ein Grundzug des Regimes der flexiblen Akkumulation ist so die Steigerung der Ausbeutungsrate durch Lohnflexibilisierung, Lohnrestriktion, Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsintensivierung, Abbau bei den Sozialleistungen, Steuererleichterungen für Reiche und Angriffe auf die Gewerkschaften. Ziel ist eine Umverteilung von den Löhnen zu den Profiten und Gewinneinkommen und die Folge davon sind eine Beschränkung des Massenkonsums und eine Ausweitung des Luxuskonsums.

Dritte Welt leidet unter Restrukturierung

Am härtesten waren die Folgen der neoliberalen Restrukturierung jedoch in den Ländern der Peripherie. Das neoliberale Regime führte hier in den 1980er-Jahren zur Verschuldungskrise, da die billigen Kredite, welche diesen Ländern in den 70er-Jahren gewährt worden waren, sich als Folge der US-amerikanischen Hochzinspolitik ab 1979 massiv verteuerten. Die Strukturmassnahmen des Internationalen Währungsfonds IWF und der Weltbank, welche die Zinszahlungen der verschuldeten Länder sicherstellen sollten, trugen wesentlich zur Prekarisierung und Verarmung in diesen Ländern bei.

Die in ihrer Souveränität eingeschränkten und wirtschaftlich abhängigen Länder wurden sodann verstärkt zum Gegenstand einer «Akkumulation durch Enteignung». Grosse Profite werden gemacht, indem sich die multinationalen Konzerne die Ressourcen in diesen Ländern aneignen: Dabei geht es um Land, Wasser, Bodenschätze, Pflanzen, Wissen u. a. m. Die Enteignung wird abgesichert durch die zunehmende Verschärfung des Patentschutzes im sogenannten TRIPS-Abkommen der Welthandelsorganisation WTO, ähnlich wie im England des 16. Jahrhunderts, als das den Gemeinden und den Bauern gestohlene Land von den adeligen Grossgrundbesitzern eingehegt wurde (Enclosures). Zur Akkumulation der Enteignung gehören auch die Privatisierungen öffentlicher Infrastrukturen und Güter, die von anderen geschaffen worden sind.

Überliquidität führt zu Spekulation

Durch solche Massnahmen konnten zwar die Profite auf das Niveau gesteigert werden, wie es vor dem Trendbruch der 70er-Jahre bestanden hatte; eine entsprechende Steigerung der Investitionsrate blieb aber aus. Die Schere zwischen Profiten und Investitionen ist ein grundlegender Trend, welcher die Merkmale der neuen Konstellation erklärt: Einerseits die chronische Tendenz zur Massenarbeitslosigkeit und zur Unterkonsumtion aufgrund der eingeschränkten Massenkauflkraft, und andererseits die sogenannte «Finanzialisierung»: Die Profite werden nicht mehr in den realen Produktionsprozess investiert, sondern sie fliessen in die Spekulationsgeschäfte.

Auf Grund des überschüssigen Kapitals wuchs der Finanzsektor massiv an und alles schien sich nur noch darum zu drehen, wie aus viel Geld noch mehr Geld gemacht werden kann, ohne dass überhaupt reale Arbeit geleistet oder investiert wird. Die Liberalisierung der Finanzmärkte und die wachsende Bedeutung des Finanzsektors begannen die Realwirtschaft aber bald zu destabilisieren. Das neoliberale Regime führte zu immer heftigeren Finanz- und Wirtschaftskrisen, 1994 zur Krise in Mexiko, der sogenannten «Tequila-Krise», 1997 zur Asienkrise, 1998 zur Krise in Russland und Brasilien, 2001 zum wirtschaftlichen Zusammenbruch Argentiniens und 2001/2002 zur Krise der New Economy. Wenn diese noch durch massive Zinssenkungen der US-amerikanischen Notenbank und durch den Kriegskeynesianismus, den Afghanistan- und Irakkrieg, rasch überwunden werden konnte, so scheint heute diese Politik an ihre Grenzen zu stossen.

Auswirkungen der Krise auf die Länder des Südens

Sicher werden die Länder der Peripherie von der Krise massiv betroffen werden. Einige von ihnen sind durch den IWF und die Weltbank zur Konzentrierung auf einseitige Exportstrukturen genötigt worden, was sie äusserst krisenanfällig macht. Diese Länder haben heute so mit sinkenden Rohstoffpreisen, Abzug von Kapital und zunehmend mit dem Rückgang der Remessen, der Geldüberweisungen von EmigrantInnen ins Herkunftsland, zu kämpfen. Vorab in den ärmeren Ländern werden sich die heute schon bekannten Probleme verschärfen wie die Hungerkrisen, die Energiekrisen und die Umweltkrisen. Andererseits begannen sich nach der Asienkrise von 1997/98 einige der betroffenen Länder neu auszurichten: Sie trafen Massnahmen, um sich aus der Abhängigkeit der imperialistischen Länder zu befreien.

Erste Achse: Umverteilung des Reichtums

Eine radikale und demokratische Alternative muss entlang verschiedener Achsen entwickelt werden. Eine erste Achse beinhaltet die Umverteilung des Reichtums. Anstatt einen überdimensionierten Finanzbereich zu subventionieren, müssen Mittel zur Bekämpfung der Armut und der Prekarität und zur Erhaltung unserer natürlichen Umwelt eingesetzt werden. Wichtig ist eine Stärkung der Kaufkraft durch existenzsichernde Löhne, die Indexierung der Löhne sowie Sicherung und Ausbau der Renten der Sozialversicherungen. Frauen sind oft die ersten Opfer einer Wirtschaftskrise und daraus ergeben sich entsprechende Anforderungen an eine Politik in der Krise.

Zweite Achse: Ausbau der Demokratie

Eine zweite Achse betreffen Massnahmen zur Stärkung und zum Ausbau der Demokratie gegen die autoritären Tendenzen in der Krise. Mit staatlichen «Rettungsprogrammen» wetteifern die Finanzplätze um die Begrenzung der Verluste: Ohne Rücksicht auf demokratische Verfahren wird im Dienste der Aufrechterhaltung des Bankensystems, der Kapitaleigner und Manager letztlich tief in die Taschen der Steuerzahler gegriffen. Es ist ein Skandal, wenn heute von linker Seite solchen Programmen, wenn auch mit Vorbehalten, zugestimmt wird. Im Vordergrund muss vielmehr die demokratische Kontrolle des Kredits stehen, d. h. die Verstaatlichung der Grossbanken und ihre demokratische Kontrolle.

Wenn Banken vor dem Bankrott gerettet werden müssen, so muss die Kontrolle der Bank an die Öffentlichkeit übergehen und das Management und die Grossaktionäre haben für die angerichteten Schäden aufzukommen. Eine Verstaatlichung hat entschädigungslos zu erfolgen, wie dies z. B. in der Verfassung von Ecuador vorgeschrieben ist, welche die Verstaatlichung von privaten Schulden verbietet. Mit der öffentlichen demokratischen Kontrolle der Finanzwirtschaft und anderen Massnahmen gilt es, der Kapitalflucht, den Währungsspekulationen im grossen Stil und den problematischen Kapitalverschiebungen grosser internationaler Banken und Fonds und deren Kreditblockaden einen Riegel zu schieben. Off-Shore-Finanzplätze sind zu

schliessen, weil sie ermöglichen, Steuersysteme und eine demokratische Kontrolle des Finanzbereichs zu unterlaufen und damit den Abfluss von Kapital aus Ländern der Peripherie in einer Krise erleichtern.

Dritte Achse: Deglobalisierung

Eine dritte Achse beinhaltet deshalb Forderungen nach einer Deglobalisierung. Im Zentrum steht dabei der Bruch mit dem sogenannten Washingtoner Konsens und die Loslösung aus der Abhängigkeit von den imperialistischen Zentren, der USA und der EU. Jede Nation hat das Recht, ihre Entwicklungsziele selber zu definieren und anzustreben, unabhängig von Pressionen Internationaler Finanzinstitutionen und der Regierungen anderer Staaten.

Die Schulden der ärmeren Entwicklungsländer sind ersatzlos zu streichen und die Schulden anderer Länder der Peripherie sind während der Dauer der Krise mindestens zu sistieren. Zur Deglobalisierung gehören auch Kapitalverkehrskontrollen, Massnahmen zur Stabilisierung des Währungssystems und Massnahmen zur Stärkung der nationalstaatlichen ökonomischen Handlungsfähigkeit.

Süd-Süd Kooperation ausbauen

Sehr wichtig für die Lockerung der Abhängigkeit von den imperialistischen Zentren sind die regionalen Integrationen und Kooperationen, wie sie heute in Lateinamerika angestrebt wird (wie z. B. UNASUR in Lateinamerika), um einen Kampf aller gegen alle und den Rückfall in reaktionäre Nationalismen zu vermeiden, wie sie sich in Europa abzeichnen. An der Konferenz der ALBA-Länder in Caracas im November 2008 beschlossen die Präsidenten Venezuelas, Boliviens, Equadors, Nicaraguas zusammen mit Vertretern Cubas und der Dominikanischen Republik die Einführung einer gemeinsamen Währung und eines Finanzausgleichs zwischen ihren Ländern. Ein regionaler Zahlungsausgleich oder eine regionale Alternative zum IWF, wie ein geplanter Fondo del Sur, würde die Abkoppelung vom Dollar-Wallstreet-Regime erleichtern.

Internationale und bilaterale Freihandelsabkommen von Ländern des Nordens mit Ländern der Peripherie hingegen haben dagegen keine Priorität; sie sind, wenn sie schädliche Folgen für die Bevölkerung haben, zu bekämpfen. Falls die internationalen Finanzinstitutionen – Internationaler Währungsfonds, Weltbank und Welthandelsorganisation – nicht grundlegend demokratisiert und auf andere Ziele ausgerichtet werden, ist der Rückzug aus diesen Institutionen, wie ihn verschiedene Länder Lateinamerikas vollzogen haben und darin Venezuela folgend, der richtige Weg. Auf der Tagesordnung steht auch, wie es Bolivien tat, der Rückzug aus dem Investitionsgericht der Weltbank, dem sogenannten CIADI. Die Finanzinstitutionen sind als imperialistische Instrumente des Nordens zu neutralisieren und der Aufsicht und Kontrolle des Wirtschafts- und Sozialrats der UNO zu unterstellen. Einem Abschluss der DOHA-Runde im Rahmen der Welthandelsorganisation kann nur zugestimmt werden, wenn sie, wie ursprünglich versprochen, tatsächlich zur Stärkung der peripheren Ökonomien auf dem Weltmarkt führt. ■

Hans Schäppi war von 1978 als Gewerkschaftssekretär, zuerst bei der Gewerkschaft GTCP und dann bei der GBI, verantwortlich für die Industrie, insbesondere die Chemie; ab 2000 vorab tätig in der internationalen Gewerkschaftsarbeit und dabei Besuch der Weltsozialforen. Seit 2004 ist er pensioniert und in der internationalen Solidaritätsarbeit tätig. Er ist Präsident des Solifonds.

Tiefe Krisen, langsame Erholung

Auswirkungen der globalen Rezession auf Afrika

Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise trifft die Dritte Welt hart. Doch die Möglichkeiten zur Krisenbewältigung haben sich leicht geändert. Mit Mascha Madörin, der ausgewiesenen Wirtschaftswissenschaftlerin mit Drittwelt-Hintergrund, sprach Susy Greuter.

Zumindest von nordafrikanischen Banken ist bekannt, dass sie kaum Verluste erlitten durch das Platzen der Finanzblasen im Westen. Wo siehst Du die hauptsächlichsten Momente, die auch die afrikanischen Länder in die Rezession ziehen werden?

Eine Sache sind die Spekulationsverluste, die je nachdem Banken, Konzerne, Pensionskassen, private AnlegerInnen – z. B. Reiche aus Afrika – trifft. Über Letztere wissen wir nichts – aber auch sie werden sehr viel Geld verloren haben. Eine andere Sache sind die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf alle Länder. Generell sind Länder mit grossen Schulden gegenüber dem Ausland mit Problemen der Refinanzierung konfrontiert: Darlehen werden teurer, weil die Banken keine Darlehen mehr geben können oder sehr risikoscheu sind. Zudem mussten viele Banken, Hedge Funds und Unternehmen Wertpapiere verkaufen, weil sie dringend Cash brauchten. Sie haben deshalb auch Obligationen von Ländern verkauft. Der Darlehensmarkt ist weitgehend zusammengebrochen.

ein grosses Projekt der Einschulung aller Kinder in Tanzania. Solche Projekte sind in Gefahr, einfach weil viele westliche Industrieländer jetzt in einer Krise stecken. Weiter kommt dazu, dass die Rücksendungen von EmigrantInnen abnehmen. Rücksendungen sind heute eine wichtige Stütze der Zahlungsbilanz von Entwicklungsländern. Eine grosse Gefahr stellen auch die Vermögensverluste namhafter Stiftungen und Hilfsorganisationen dar. Das dürfte sich ebenfalls katastrophal auf viele Projekte auswirken, übrigens auch auf wichtige NGOs, die sich mit Menschenrechten und andern internationalen Fragen befassen.

Was waren die den afrikanischen Staaten abverlangten wirtschaftlichen Schritte, die diese Länder jetzt besonders anfällig machen?

Je stärker ein Land wirtschaftlich via das Finanzsystem und den Aussenhandel mit der Weltwirtschaft verbunden ist, desto stärker die negativen Auswirkungen. Während der vergangenen Schuldenkrisen sind viele Länder zur Öffnung ihrer Märkte gezwungen worden. Durch das Vorantreiben der Exporte sollte ihre Schuldentrückzahlungsfähigkeit gefördert werden. Seit der Schuldenkrise der 1980er-Jahre haben sich die meisten Länder kaum erholt. Ihre Reserven, die jetzige Krise einigermaßen zu überstehen, sind klein. Die Staatsbudgets sind schon längst auf ein unerträgliches Niveau geschrumpft, die Auslandsschulden immer noch gross und grosse Teile der Bevölkerung bereits verarmt. Die Krise wird alle diese Aspekte verschlimmern.

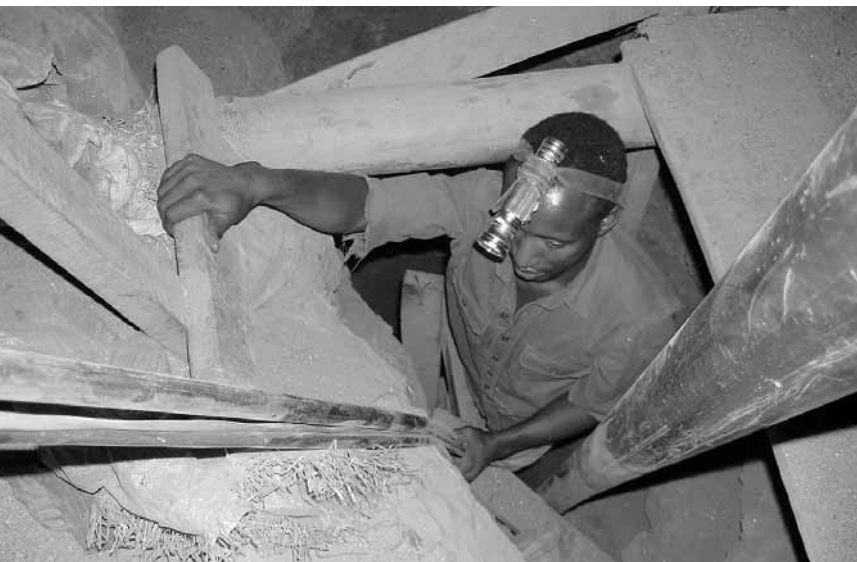
Wie wird sich eine afrikanische Wirtschaftskrise auf die armen Schichten wie etwa das Stadtproletariat, die Bauern oder Landlosen herabdividieren?

Die Schuldenkrise in den 80er-Jahren und in Südostasien Ende der 90er-Jahre hat gezeigt, dass arme Bevölkerungsschichten immer überproportional getroffen werden von solchen Krisen und – wenn es wieder aufwärts geht – sich immer langsamer erholen als weniger arme Bevölkerungsschichten. Das heisst, dass die vielen Wirtschaftskrisen der Vergangenheit eine Art Verarmungsmaschine waren: Die Zahl der Menschen, die in kaum mehr überwindbare Armut gestürzt wurden, hat jedesmal zugenommen.

Einer der wichtigsten Beschlüsse der G20 von Anfang April war, die Finanzen des Internationalen Währungsfonds zwecks Unterstützung von Entwicklungs- und Schwellenländern signifikant aufzustocken. Es gibt allerdings zwei Probleme: Wird das Geld tatsächlich zur Verfügung gestellt? Unter welchen Bedingungen wird der Internationale Währungsfonds das Geld zur Verfügung stellen? Wird er wiederum dieselben Strukturanpassungsprogramme fordern? Der Fall Ukraine, die bereits vom IWF Kredite bekommen hat, lässt dies befürchten.

Ist zu erwarten, dass ein Zurückfahren der Investitionen von allen Kontexten und in allen Bereichen in etwa gleichem Umfang vollzogen wird?

Nein, die Entwicklungen sind sehr widersprüchlich und komplex. Klar ist, dass der internationale Handel gegenwärtig stark schrumpft und dass Unternehmen abwarten und kaum investieren. Viele bleiben auf ih-



Bergbau dient dem Rohstoffexport. Ob im industriellen oder im kleinhandwerklichen Ausmass betrieben, besteht eine direkte Abhängigkeit vom Weltmarkt. Eine Goldmine in Tanzania.
Bild: Ruedi Suter.

Die meisten Währungen der Entwicklungsländer haben in den letzten Monaten eine Abwertung erfahren: Importe werden teurer, die bestehenden Auslandsschulden zur grösseren Last. Ein weiteres Problem stellen für viele Länder die sinkenden Rohstoffpreise dar. Ihre Exporteinnahmen nehmen ab und damit auch die wichtigste Quelle der Staatseinnahmen. Die Staatshaushalte ärmerer afrikanischer Länder hängen zudem wesentlich von der Finanzierung durch die Entwicklungshilfe ab. So finanziert beispielsweise Grossbritannien

rem Cash – Kriegskassen genannt! – sitzen und warten darauf, dass die Börsenkurse weiter sinken und sie dann auf Schnäppchentour gehen können. Es muss unbedingt betont werden, dass während der vergangenen -zig kleineren Krisen immer die Globalisierung zugenommen und die grossen Konzerne und Banken stark von den Krisen profitiert haben und deshalb keineswegs krisenfeindlich waren. Diesmal ist es sehr schief gelaufen.

Wird der Rückgang der Nachfrage nach Rohstoffen gleichmässig von allen Industrieländern ausgehen oder könnten sich die Anteile verschiedener Nachfrage-Länder verschieben, wenn einzelne weniger betroffen oder besser gesichert sind?

Alle sind der Meinung, dass die Nachfrage nach Rohstoffen wieder ansteigen wird, sobald die Wirtschaft wieder wächst. Auch wenn China weniger wächst, wird es immer noch viele Rohstoffe importieren müssen.

Welche Möglichkeiten zur Ausweitung der Angebote an Industriestaaten und Schwellenländern von Seiten der Entwicklungsländer siehst Du kommen? Wird sich die Emigration verstärken?

Krisenzeiten sind immer noch brutaler als andere Zeiten und die Neigung der Unternehmen, sich mit kriminellen Machenschaften über die Runde zu retten, relativ gross. Von daher würde es mich nicht wundern, wenn die kriminellen Machenschaften von Konzernen in Afrika zunehmen. Was die Emigration anbelangt: Klar ist, dass EmigrantInnen vor allem in den USA und England gegenwärtig massenweise Jobs verlieren. Ebenso verdrängen in Spanien beispielsweise arbeitslose SpanierInnen die afrikanischen Landarbeiter. Internationale Umfragen haben gezeigt, dass eine Mehrheit der Menschen der Meinung sind, dass a) eher Frauen als Männer entlassen werden müssen und b) eher Ausländer als Inländer.

Es ist offensichtlich dass vor allem China und arabische Länder gegenwärtig auf Einkaufstour sind. Die Preise sind jetzt tief, Firmen und Länder in finanziellen Nöten. China beispielsweise kauft sich in verschiedenen westlichen Konzernen, insbesondere in Bergbaukonzernen, mit relativ hohen Aktienanteilen ein. Dazu kommt, dass China, die Ölscheichs, Südkorea und Japan im grossen Stil auf Landeinkaufstour sind. Es sind alles Länder mit relativ wenig Land im Vergleich zur Bevölkerung.

Es ist klar, dass in Zukunft Land für die Nahrungsmittel- und Bioenergieproduktion knapp sein wird. Staatsfonds und Konzerne der genannten Länder kaufen vor allem Land in Australien, Lateinamerika, Russland, Zentralasien, Burma und andern asiatischen und in afrikanischen Ländern ein. Da findet kaum bemerkt ein riesiger internationaler Umverteilungsprozess in Sachen Landbesitz statt. Ziemlich furchterregend vor allem für die KleinbäuerInnen ärmerer Länder. Die Besitz- und Kontroll-Karten werden gegenwärtig international sehr neu gemischt.

Bietet die globale Rezession auch Chancen für die Entwicklungsländer Afrikas, mehr Handlungsfreiheit zu bekommen?

Klar ist, dass gegenwärtig eine Reorganisation der Weltwirtschaft stattfindet und eine multipolare Welt entsteht. Aber ob dies eine Chance für Afrika ist? Keine Ahnung. Vielleicht gibt es zwei Hoffnungsschimmer: Erstens, dass dieses Mal afrikanischen Ländern nicht dieselben idiotischen und ruinösen wirtschaftspolitischen Programme verpasst werden wie in der Vergangenheit. Zweitens, dass die Multipolarität der Welt ihnen vielleicht hilft, für sich bessere Verhandlungspositionen zu erringen – vorausgesetzt die Regierungen lassen sich nicht einfach kaufen.



Wenn die Industrieländer den Gürtel enger schnallen müssen, trifft es vor allem die Menschen der Dritten Welt. Der Erlös für ihre Produkte sinkt, die Importe werden jedoch kaum billiger. Goldmine in Tanzania. Foto: Ruedi Suter

Wird die Aufweichung des Bankgeheimnisses in der Schweiz – und wahrscheinlich auch in anderen Offshore-Bankenplätzen – auch den afrikanischen Staaten erlauben, den Kapitalexport besser zu kontrollieren?

So wie die Verlautbarungen der offiziellen Schweiz tönen, gelten die kommenden Rechts- und Amtshilferegulungen in Sachen Steuerhinterziehung nur aufgrund neu ausgehandelter bilateraler Abkommen. Das heisst, die hiesige entwicklungspolitische Szene muss Druck machen, dass für alle Länder dieselben Regelungen gelten. Bilaterale Abkommen, respektive Doppelbesteuerungsabkommen hat die Schweiz vor allem mit Industrie- und Schwellenländern, nicht mit armen Entwicklungsländern. Dazu kommt, dass Regierungen armer Länder meist nicht in der Lage sind, entsprechende Rechts- und Amtshilfesuche zu stellen. In afrikanischen Ländern gibt es kaum Vermögens- und Einkommenssteuern. Die Steuerflucht der Konzerne dürfte daher stärker ins Gewicht fallen. In Sachen Kapital- und Steuerflucht hat – hätte! – die entwicklungspolitische Szene in der Schweiz auf jeden Fall sehr viel zu tun. Die Chancen, etwas zu erreichen, sind jetzt grösser als in den letzten 30 Jahren. Obama, Steinbrück und Finanzkrise sei Dank. ■

Die Nationalökonomin Mascha Madörin arbeitet gegenwärtig vor allem zu den Bereichen öffentliche Finanzen und Care-Ökonomie. Von 1976 bis 1980 lehrte und forschte Madörin an der Universität in Mozambique, danach arbeitete sie während dreizehn Jahren bei der Aktion Finanzplatz Schweiz zu Themen wie Schuldenkrisen, Diktatoren-gelder, Geldwäscherei, Steuerhinterziehung und vor allem zu den Beziehungen der Schweizer Banken zur Apartheid.

« Die heissen Fragen werden ignoriert »

Dritte Welt und Finanzkrise

Trotz der schlimmsten Finanzkrise seit Jahrzehnten weigern sich die Industrieländer noch immer, die zentralen Probleme anzuerkennen. Das sagt Heiner Flassbeck, Chefökonom der Uno-Konferenz für Handel und Entwicklung (Unctad), im Gespräch mit Alliance Sud News. Gerade mit Blick auf die Entwicklungsländer wäre es dringend notwendig, mit verbindlichen globalen Regeln der Währungs- und Rohstoffspekulation einen Riegel zu schieben.

Herr Flassbeck, hat Sie die Krise überrascht?

Die Krise an sich nicht, aber ihre Heftigkeit schon. Man wusste, dass der Immobilienboom in den USA irgendwann zusammenbrechen würde. Ich hatte jedoch erwartet, dass sich die Krise viel stärker über den Devisenmarkt äussern würde, mit einem dramatischen Fall des Dollars. Dass sie so direkt auf unsere Bankbilanzen durchschlägt, hat mich überrascht.

Wo sehen Sie die Gründe für den tiefen Absturz?

Es ist eine globale Spekulationskrise. Es geht dabei nicht bloss um die Suprime-Krise in den USA, sondern vor allem auch um die Spekulation mit Währungen und Rohstoffen. Wir hatten in den letzten Jahren drei sich überlagernde Spekulationsblasen, die jetzt überall und gleichzeitig geplatzt sind: Märkte implodieren und die Vermögenspositionen, die die Menschen gehalten haben, sind plötzlich nichts mehr wert. Die Unctad warnte schon vor Jahren im «Trade Development Report» vor den sehr gravierenden Folgen der Devisen- und Rohstoffspekulation.

Aber niemand hörte zu.

Viele Kollegen schüttelten den Kopf und sagten, die Preisentwicklung beim Erdöl habe nichts mit Spekulation zu tun, sondern mit der Nachfrage in China und Indien. Jetzt ist der Ölpreis wieder bei 50 Dollar, und alle sagen: Na klar, es war Spekulation.

Ist es «nur» eine Krise des Finanzsystem, oder geht sie tiefer?

Ich sehe sie als globale Krise des gesamten Finanzsystems. Aber da sich Real- und Finanzwirtschaft nicht trennen lassen, ist es auch eine Krise des gesamten Wirtschaftssystems. Das Problem ist, dass man von Anfang an nicht Ernst nahm, dass Globalisierung auch verbindliche globale Regeln in der Handels- und der Finanzpolitik voraussetzt. Globalisierung funktioniert nicht mit nationalen Regeln. Doch das wird bis heute ignoriert. Man ist nicht bereit, im Finanzsystem über wirklich globale, für alle verbindliche Regeln nachzudenken. Man redet von «Selbstregulierung», aber diese Selbstregulierung führt, wie wir sehen, nirgends hin.

Man hat auch aus der jüngsten Finanzkrise nichts gelernt?

Schauen Sie sich das Communiqué des Finanzgipfels der G20 von Mitte November 2008 an: Die Spekulation mit Wechselkursen und Rohstoffen wird darin überhaupt nicht erwähnt. Die Industrieländer spielen dasselbe Spiel wie nach der Asienkrise. Damals sagten sie: Jetzt muss man ein bisschen regulieren, nun brauchen wir eine neue internationale Finanzarchitektur. Was ist aus dieser Finanzarchitektur geworden? Rien

du tout! Auch jetzt sagen sie: Man muss auf nationaler Ebene regulieren, und auch ein bisschen international, Transparenz herstellen usw. Es sind Lippenbekenntnisse. Die wirklich heissen Themen werden ausgeklammert, weil niemand bereit ist, seine währungspolitische Autonomie aufzugeben und sich zu verpflichten, sich für ein funktionierendes internationales Währungssystem einzusetzen.

Was sind die wirklich heissen Fragen?

Es sind jene, die die Unctad und auch die NGOs seit langem stellen: Wie müsste ein wirklich funktionierendes internationales Finanzsystem aussehen? Wie können Länder mit offenen Grenzen und offenen Kapitalmärkten ihre Wechselkurse bestimmen? Wie können wir die Währungsspekulation verhindern? Wie können Rohstoff exportierende Länder in einer Welt überleben, in denen die Preise so extrem schwanken? Das wären die zentralen Fragen eines neuen Bretton Woods.

Wie wirkt sich die Krise auf die Entwicklungsländer aus?

Unterschiedlich. Eine Gruppe hat es nach den Finanzkrisen in Asien und Lateinamerika geschafft, sich etwas abzuschotten und vor der Infektion zu schützen. Es sind Länder, die über einen Leistungsbilanzüberschuss verfügen und nicht mehr vom internationalen Kapital abhängig sind, sondern selber Kapital exportieren. China ist das klassische Beispiel, es hatte 1993 eine Finanzkrise und hat seither seinen Wechselkurs tief gehalten, was es sehr konkurrenzfähig machte. Aber auch Malaysia, Thailand und andere gehören dazu. Sie sind nicht immun, aber besser gewappnet.

Jene Länder sind immuner, die sich nicht an die IWF-Rezepte hielten?

Ja, oder die später abgesprungen sind. Auch Argentinien hat sich recht gut gehalten, weil es seinen Wechselkurs unbewertet hielt.

Welche Länder sind stärker betroffen?

Eine zweite Gruppe umfasst vor allem osteuropäische Länder, aber auch Südafrika, Brasilien, Türkei und Island, die unter destabilisierenden Währungsspekulation (Carry Trade) leiden. Hedge Funds nutzen dabei systematisch die Zinsdifferenzen zwischen Ländern, um mit den Währungen zu spekulieren. Die Menschen in diesen Ländern verschulden sich sozusagen in der «falschen» Währung, was sie sehr verletzlich macht gegenüber plötzlichen Kurswechseln. In Ungarn beispielsweise sind in den letzten Jahren achtzig bis neunzig Prozent aller Hypotheken in Schweizer Franken ausgestellt worden. Warum? Weil der Frankenzins mit zwei Prozent gegenüber dem ungarischen Zins von nahezu zehn Prozent sehr niedrig war. Was ist passiert? Der

Kurs des ungarischen Forint ist gegenüber dem Schweizer Franken um 20, 30 Prozent gefallen. Damit sind die Hypotheken über Nacht um 30 Prozent teurer geworden und viele Privathaushalte, aber auch Unternehmen und Banken, sind bankrott gegangen.

Was haben die ärmsten Länder Afrikas zu befürchten?

Hier wirkt sich weniger die Währungs- als die Rohstoffspekulation aus. Die Rohstoff exportierenden Länder können überhaupt nicht mehr disponieren. Wenn sie noch im letzten Winter mit dem doppelten oder dreifachen Preis gerechnet haben, so ist jetzt alles wieder weg. Für diese hat das dramatische Folgen.

Heiner Flassbeck



Heiner Flassbeck ist seit fünf Jahren Direktor der Abteilung «Globalization and Development Strategies» der Unctad in Genf. Er leitet auch die kürzlich gegründete Unctad-Taskforce zur Finanzkrise. Diese erarbeitet zuhanden der Entwicklungsländer Empfehlungen für die Bereiche Spekulation mit Währungen, Rohstoffen und Regulierung der Finanzmärkte.

www.flassbeck.de

Welche indirekten Auswirkungen sehen Sie im Handel, bei den Direktinvestitionen?

Die G-20 schreibt, man müsse jetzt rasch die Doha-Runde abschliessen. Das ist, wie wenn ein Tsunami über ein Haus hinwegfegt und ich dann sage: Aber ich muss doch meine Bücher abstauben!

Der Handel wird sich als Folge der Krise total umstrukturieren. Denn die Wettbewerbspositionen ganzer Länder haben sich wegen der Wechselkursänderungen um 20, 30 oder sogar 50 Prozent verschoben. Ganz Osteuropa hat dramatisch abgewertet, Brasilien um 20 Prozent. Auch die Schweiz als Land mit einem sehr hohen Leistungsbilanzüberschuss wird verlieren. Es wird eine dramatische Veränderung der Handelsströme geben. Und da kommen Politiker und sagen: Schliessen wir die Doha-Runde ab als wäre nichts gewesen!

Die heutige Handelspolitik basiert auf einer Fiktion. Der Fiktion nämlich, der Handel würde von realen Dingen bestimmt, von der Ausstattung mit Arbeit, Kapital und anderen netten Kleinigkeiten. Doch die Dinge verändern sich täglich und monetäre Faktoren bestimmen den Handel tausend mal stärker, als sich die Handelspolitiker das vorstellen.

Die Uno-Entwicklungsorganisation UNDP sagt, als Folge der Krise werde die Entwicklungshilfe um 30 bis 40 Prozent sinken.

Das ist schwierig vorzusagen, da es nicht viele empirische Daten gibt, wie Geberländer reagieren. Bisher taten sie es in Krisen recht unterschiedlich. Es ist eine politische Entscheidung. Die deutsche Entwicklungshilfeministerin hat mir gesagt, Berlin werde nichts kürzen. Aber wenn das Defizit massiv ansteigt, tun sie's vielleicht doch.

Was empfehlen Sie Entwicklungsländern, um sich vor solchen Krisen zu schützen?

Länder wie China können es sich erlauben, ihre Kapitalmärkte nicht vollständig zu öffnen. Und dann haben sie noch immer die Möglichkeit, zu intervenieren und ihre Produzenten zu schützen. Für kleinere Länder ist das schwierig. Ihnen sind die Hände oft durch Abkommen gebunden, in denen sie noch den letzten Rest an wirtschaftspolitischem Handlungsspielraum verlieren, wie bei den «Partnerschaftsabkommen» mit der EU.

Solange die Welt nicht bereit ist, auf die Globalisierung mit einer globalen Finanzordnung zu reagieren, ist es für kleine Länder fast unmöglich, sich vernünftig zu integrieren und aufzuholen. Denn sie werden immer wieder von externen Schocks erschüttert. Jene Länder, denen es dank des Rohstoffbooms in den letzten Jahren etwas besser ging, sehen nun wegen des Platzens der Spekulationsblase ihre Felle davon schwimmen. Im Grunde bleibt den kleinen Ländern nichts anderes übrig, als sich zusammenzuraufen, eine neue Handelsordnung anzumahnen und stärker für neue globale Regeln zu kämpfen.

Soll man, um das globale Finanz- und Währungssystem zu regulieren, den IWF stärken? Oder braucht es eine neue Finanzorganisation, wie dies beispielsweise Joseph Stiglitz vorschlägt.

Im IWF ist niemand bereit, zu Gunsten anderer auf Stimmrechte zu verzichten. Die Uno ist die einzige legitimierte Organisation, die so etwas vorantreiben müsste. In der Uno haben wir genügend Einrichtungen, die das übernehmen könnten. Wir brauchen nur die entsprechenden Mandate. Unmittelbar notwendig wäre eine Art Aufsichtsgremium, das die Situation beobachtet und ein Frühwarnsystem aufbaut. Wir brauchen das vor allem gegen die Spekulation mit Währungen und Rohstoffen. Aber wie gesagt – das sind Tabuthemen, und bisher weigern sich die Industrieländer, diese anzugehen. ■

Mit Heiner Flassbeck sprachen Michel Egger und Pepo Hofstetter am 17. November 2008 in Genf. Das Interview erschien erstmals in «Global», der Zeitschrift von alliancesud. www.alliancesud.ch

Westafrika

Kehrseite der süssen Schokolade

2008 waren Schweizerinnen und Schweizer wieder Weltmeister im Schokoladeessen. Kaum ein/e Konsument/in weiss jedoch um eine unbekömmliche Zutat vieler Kakaoprodukte: Kinderarbeit. Die Erklärung von Bern (EvB) weist darauf hin, dass in den westafrikanischen Kakaoplantagen schätzungsweise 250 000 Kinder unter zumeist skandalösen Bedingungen arbeiten. Schweizer Schokoladenkonzerne gehören zu den Hauptabnehmern des so gewonnenen Rohstoffs. Die EvB hat den Schweizer Schokoladenproduzenten auf den Zahn geföhlt. Resultat: Nur gerade eines von 18 angefragten Unternehmen zeigt sich bereit, das Problem ernsthaft anzupacken. Drei Hersteller sind sich zumindest der Problematik bewusst und finanzieren Sozialprojekte in Westafrika. Sieben Befragte reagieren überhaupt nicht und die Übrigen verwiesen auf den Branchenverband Chocosuisse.

Die EvB fordert von den Schokoladenherstellern eine klare Herkunftsdeklaration ihrer Produkte und eine gerechte Preispolitik, die es Westafrikas Kakaobauern erlaubt, Erwachsene angemessen zu bezahlen, statt Kinder auszubeuten. ■

www.evb.ch/schoggi

Fair gehandelte Kakao-Bohnen

Cadbury, einer der grössten Lebensmittelkonzerne der Welt, wird künftig seine Schokoriegel mit fair gehandelten Kakaobohnen herstellen. Dies ist ein Meilenstein im Bemühen von «Fair-Trade». 40 000 Kleinauern in Ghana kommen in den Genuss von fest vereinbarten Mindestpreisen, Beiträgen für Infrastrukturprogramme und die Zusicherung internationaler Arbeits- und Umweltstandarts. Die Begründung Cadbury's für diesen Schritt: «No beans, no bars» – wenn nicht Grundlagen für eine attraktive Landwirtschaft entwickelt werden, die den Bauern ein Einkommen ermöglichen, werden diese das Land aufgeben und in der Stadt nach Arbeit und Einkommen suchen. Dann droht ein Rückgang an Landwirtschaftsprodukten, in diesem Fall von Kakao. Und ohne Kakao keine Schokoriegel. Die Schweizer Schokohersteller konnten sich bis anhin noch nicht zu ähnlichen Schritten durchringen. Lindt & Sprüngli, Nestlé und Barry Callebaut verfolgen eigene Programme zur Sicherung des Kakao-Nachschubs. Sie machen geltend, dass sie so riesige Mengen Kakao benötigen, dass nicht auf kleinbäuerliche Lieferanten abgestellt werden könne. ■

Ostafrika

Eisenbahnprojekt

Mitte März 2009 fand in Tunis eine Geldgeberkonferenz für ein nicht alltägliches Entwicklungsprojekt statt: Die beiden Binnenländer Rwanda und Burundi sollen über Tanzania zum Indischen Ozean mit einer Eisenbahnlinie verbunden werden. Zwar gab es schon mehrere afrikanische Grossprojekte, die sich zerschlagen haben, so etwa das Trassahra-Bahnprojekt. Doch das Projekt der Tanzania-Rwanda-Burundi Bahn scheint Hand und Fuss zu haben: Über 65 Parteien nahmen an der Geldgeberkonferenz teil, darunter auch Bankenvertreter. Die Kosten werden auf 3,5 Milliarden US-Dollar veranschlagt. Das Projekt wurde von der Afrikanischen Entwicklungsbank evaluiert. Mit der Stichbahn würden die beiden Binnenländer Rwanda und Burundi, die bis anhin ihren ganzen Import und Export über die Strasse abwickeln, erstmals einen sicheren Zugang zum Indischen Ozean erhalten. ■

Westafrika

Drogendrehscheibe

Im letzten Afrika-Bulletin ist über die Verwicklung westafrikanische Staaten in den internationalen Drogenhandel berichtet worden. Wir berichteten, dass im mausarmen, krisengeschüttelten Guinea-Bissau der Drogenhandel resp. der Drogentransfer zu einer Haupteinnahmequelle geworden ist. Mit fatalen Folgen: Die im Februar erfolgte Ermordung des Staatspräsidenten Nino Vieira wird in Zusammenhang mit dem Drogenhandel gebracht. Spitzenträfte in der Armee und der Polizei von Guinea-Bissau sind offenbar direkt in den Drogenhandel verwickelt und verfolgen ihre Ziele auch mit Morden. Auch aus dem – nunmehr wieder befriedeten – Liberia kommen Neuigkeiten. Der Flugplatz von Monrovia diente als Drehscheibe, bis der Handel aufflog. Die Drogenlieferungen kamen mit Flugzeugen mit gefälschter Immatrikulation. Sie waren als Rot-Kreuz-Flugzeuge gekennzeichnet. Und sie kamen aus Venezuela. Ist Venezuela unter Hugo Chavez ein Drogenexporteur? ■

Mozambique

Cabora Bassa-Damm zahlt sich aus

Vor kurzem hat der Staat Mozambique den Cabora Bassa-Damm von Portugal übernommen. Die Übernahme zögerte sich aufgrund der Kaufpreisregulierung hinaus – weil Portugal buchhalterische Probleme hatte. Der mozambiquanische Energieminister Namburete gibt nun bekannt, dass die laufenden Kredite kontinuierlich abbezahlt werden und die Einnahmen aus dem Stromverkauf dem Staatshaushalt in substanzieller Höhe zugute kommen. Neu ist auch die Betreibergesellschaft HCB steuerpflichtig, was vorher nicht der Fall war. Von der Produktion von 2075 Megawatt werden rund zwei Drittel, 1300 MW, nach Südafrika exportiert, das bekanntlich seit längerem Schwierigkeiten mit der Inlandstromversorgung hat. Der mozambiquanische Verbrauch ist von

300 auf 400 MW gestiegen. Nach und nach werden ländliche Gebiete an das Stromnetz angeschlossen, alleine 2008 wurden zehn Distrikthauptorte elektrifiziert. Der Nachholbedarf ist jedoch noch immer gewaltig: Lediglich 13 Prozent aller Menschen verfügen über einen Stromanschluss – immerhin doppelt so viele wie noch 2003! ■



Botswana

Buschleute: «Archaischen Fantasie»

Zwei Jahre liegt der historische Sieg vor Gericht zurück: Das Oberste Gericht sprach den Buschleuten der Kalahari das Recht zu, auf ihrem Land zu leben und zu jagen. Nun hat Botswanas Präsident Ian Khama den Buschleuten gesagt, ihre jagende Lebensweise sei eine «archaische Fantasie». Der Oberste Gerichtshof von Botswana bestätigte am 13. Dezember 2006, dass die Verdringung der Buschleute durch die Regierung «unrechtmässig und verfassungswidrig» war und dass die Buschleute das Recht hätten, auf ihrem angestammten Land im Central Kalahari Game Reserve (CKGR) zu leben. Das Gericht bestimmte ausserdem, dass die Buschleute in ihrem Reservat jagen und sammeln dürften. Aber Präsident Khama sagte in seiner letzten Rede an die Nation: «Die Vorstellung... sich heutzutage (so wie es sich die Buschleute wünschen) auf der Basis des Jagen und Sammelns zu ernähren, ist eine archaische Fantasie.»

Zwei Jahre nach dem Urteil hat die Regierung den Buschleuten nicht eine einzige Jagdlizenz für das Reservat ausgestellt. Ein Sprecher der Buschleute sagte heute: «Jagen ist nicht veraltet. Wir wollen heute Jäger und Sammler sein. Das ist für uns der beste Weg, um in der Kalahari zu überleben.» Die Regierung von Botswana hat Pläne für den Bau einer Diamantenmine auf dem Land der Buschleute genehmigt, allerdings mit der Bedingung, dass die Minengesellschaft die Buschleute nicht mit Wasser versorgt. Die Regierung verbot den Buschleuten, das Wasser eines Wasserbohrlochs in einer ihrer Gemeinschaften zu nutzen. Dagegen erhielt eine nahe gelegene Touristenunterkunft die Erlaubnis, Wasser für ihre Gäste abzapfen zu lassen.

Paradox: Botswanas Präsident Khama ist eines der führenden Mitglieder der US-amerikanischen Umweltschutzorganisation «Conservation International». ■
www.survival-international.org

Elfenbeinküste

Bus made in Africa

Erstmals werden in Afrika Autobusse produziert. Bereits können Pendler und Pendlerinnen in Abidjan, der alten Hauptstadt der Elfenbeinküste, mit Autobussen fahren, die im Land selbst entwickelt und produziert werden. Die Vorteile der neuen Busse: Robuster und fast ohne Elektronik, angepasst an die afrikanischen Strassenverhältnisse. Die einleuchtende Idee umgesetzt hat laut BBC-Online das Verkehrsunternehmen Sotra in Abidjan. Drei verschiedene Bus-Typen – einen Reisebus, einen Stadtbus und einen Touristenbus – lässt Sotra bauen. Der Touristenbus werde, so der Presstext, wöchentlich zwischen Abidjan und der neuen Hauptstadt Yamassoukro verkehren. Öffentliche Autobusse seien in der Vier-Millionen-Metropole Abidjan extrem populär und stets bis zum letzten Platz besetzt. Die neuen Busse haben aufgrund der starken Frequenz weniger Sitze, aber mehr Fassungsvermögen (maximal 100 Personen) als europäische Vergleichsmodelle. Hergestellt wird der Bus in Abidjan. Chassis und Motor basieren auf der Produktlinie des Nutzfahrzeugherstellers Iveco. Bemerkenswert: Das sinnvolle Autobus-Projekt konnte trotz der innenpolitischen Krise und des Bürgerkriegs zwischen der Nord- und Südregion des westafrikanischen Landes realisiert werden. ■

Unser aktuelle Hinweis

Das elektronische Glossar durch den Finanzdschungel

Die Aktualität zeigt, wie vernetzt und intransparent sich der globale Finanzplatz präsentiert. Doch wer hat überhaupt noch den Durchblick? Hier hilft unser elektronisches Glossar. Dieses erklärt per Mausclick Begriffe von Korruption über Steuerhinterziehung bis zum Bankgeheimnis, verweist auf die wichtigsten Akteure und zeigt die Zusammenhänge auf. ■

Finanzplatz Schweiz – Das elektronische Glossar durch den Finanzdschungel. Ausgewählte Begriffe, Akteure und Zusammenhänge
www.transparency.ch/finanzplatz

Darfur

Sechs Jahre Völkermord

Die Schrecken in der sudanesischen Region Darfur nehmen kein Ende – und die Welt schaut nach sechs Jahren Völkervernichtung und über 400 000 Toten weiterhin tatenlos zu.

Jedes Mal schwor sich die Staatengemeinschaft, nie mehr einen Genozid zuzulassen: Nach dem Zweiten Weltkrieg, nach Kambodscha, nach Ruanda, um drei zu nennen. Aber die Vorsätze blieben meistens Lippenbekenntnisse: Zum sechsten Jahrestag des Beginns des Genozids in Darfur erinnert die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) an alle 804 Darfur-Reporte, die seit Februar 2003 von der UNO, Menschenrechts- und Hilfsorganisationen ohne Wirkung erstellt worden sind. Die Gräueltaten im Westen des Sudans füllen unterdessen 8500 Seiten. «Es fehlt in Europa nicht am Wissen um den Völkermord in Darfur, sondern am politischen Willen, ihn wirksam einzudämmen», erklärte Ulrich Delius von der GfbV. «Zwar hat der EU-Aussenministerrat 29 Darfur-Erklärungen seit Februar 2003 verabschiedet, doch der versprochene Schutz der Zivilbevölkerung vor neuen Übergriffen ist ein leeres Versprechen geblieben.» Tatenlos schaue Europa zu, wie die schlecht ausgerüsteten Friedenstruppen der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union seit anderthalb Jahren keine Chance haben, die Zivilbevölkerung wirksam zu schützen. Die Lage in Darfur ist katastrophal. Mehr als 300 000 Menschen dürften seit Januar 2008 vertrieben worden sein. 2,7 Millionen Menschen sind im Westen des Sudans auf der Flucht, Hunderttausende leiden ohne jede Versorgung. Gegen den sudanesischen Staatspräsidenten Bashir ist ein internationaler Haftbefehl ausgestellt worden. •

Fussball-WM 2010 in Südafrika

Kampagne gegen Zwangsprostitution

Nächstes Jahr findet in Südafrika der nach den Olympischen Spielen weltweit zweitgrösste Sportanlass statt. Die Fussball-Weltmeisterschaft wird Hunderttausende an die Spiele ziehen. Und erfahrungsgemäss wird Prostitution eine Nebenerscheinung einer WM sein. Wie wird dagegen vorgegangen? Ein Bericht von Rita Schäfer.

Federführend für die «Redlight 2010»-Kampagne gegen Zwangsprostitution ist das renommierte Frauenrecht-Netzwerk Women and Law in Southern Africa Research and Education Trust (WLSA). Seit Anfang der 1990er-Jahre arbeitet es im gesamten südlichen Afrika für die Verwirklichung von Frauenrechten und gegen geschlechts-spezifische Gewalt.

Im Vorfeld der Weltmeisterschaft 2010 sollen ideenreiche Medien- und Schulprogramme verhindern, dass insbesondere junge Mädchen mit falschen Versprechungen angeworben werden. Deshalb kooperiert WLSA mit der Federation of African Media Women und mit Gender Links. Darüber hinaus fordert WLSA die Regierungen im südlichen Afrika zum Kampf gegen den Menschenhandel auf. Die staatlichen Entscheidungsträger sind zu Gegenstrategien verpflichtet, weil sie entsprechende internationale Konventionen ratifiziert haben. Diese Abkommen sollen in allen SADC-Ländern die Basis für nationale Rechtsgrundlagen und Aktionspläne bilden. Soweit dies bereits geschehen ist, mahnen die Frauenrechtlerinnen die Umsetzung der Vorgaben an.

Gegenstrategien werden entwickelt

Frauen- und Kinderrechtsorganisationen wollen mit umfassenden Gegenstrategien unterbinden, dass sich die bereits etablierte Zwangsprostitution ausweitet. Deshalb lehnen viele auch die Legalisierung der Prostitution in Südafrika ab, zumal die dortige Polizei schon heute mit der Verbrechensbekämpfung überfordert und teilweise selbst in kriminelle Machenschaften involviert ist.

Bereits seit 2007 werden Pläne zur Legalisierung der Prostitution während der WM 2010 kontrovers diskutiert. Der damalige südafrikanische Polizeichef Jackie Selebi schlug Sonderregelungen vor, die Fussballfans an bestimmten Orten erlauben würden, Kontakte mit Zuhältern und Prostituierten aufzunehmen. Obwohl Selebi zwischenzeitlich wegen seiner engen Kontakte mit dem organisierten Verbrechen abgesetzt wurde, hielten einzelne ANC-Politiker an seinem Vorschlag fest. Sie gehen davon aus, die Legalisierung der Prostitution würden zur Sicherheit, Kundenfreundlichkeit und zu Steuereinnahmen während der WM beitragen.

Nicht nur auf nationaler Ebene, auch an einzelnen Austragungsorten wird über dieses Thema gestritten. So geriet Mitte 2008 ein städtischer Entscheidungsträger in Durban in die Kritik, weil er für die Legalisierung der Prostitution plädierte. Das brachte die Inkatha und die Inkatha Youth League auf die Barrikaden, sie warfen ihm den Verrat an Familienwerten und am Ubuntu-Gemeinschaftssinn vor. Seine Pläne würden die nationale moralische Erneuerung gefährden. Auch Vertreter ei-

niger einflussreicher Pfingstkirchen lehnen die Legalisierung der Prostitution ab, sie pochen ebenfalls auf die Bewahrung der Moral.

Die Grundfrage in diesem religiös-ideologisch und politisch aufgeladenen Streit bleibt, wie insbesondere Mädchen und Jungen vor sexueller Ausbeutung und Menschenhandel geschützt werden können. Die damit verbundenen Herausforderungen werden deutlich, wenn die aktuelle Situation des südafrikanischen Rotlichtmilieus berücksichtigt wird. Trotz des offiziellen Prostitutionsverbots werden Bordelle von der südafrikanischen Polizei weitgehend toleriert. Gelegentliche Kontrollen beschränken sich auf den Drogenhandel, nicht selten gehören Polizisten selbst zu den Freiern. Die Ausbeutung der Prostituierten wird geduldet, denn meist erhalten sie von den Bordellbesitzern nur einen minimalen Bruchteil des Geldes, das Freier für sie zahlen. Wie freiwillig die Prostituierten dort hingelangen, bleibt fraglich. So schaffen Bordelle und andere «Vergnügungsbetriebe» eine Grauzone für gute Geschäfte mit sexuellen Dienstleistungen.

Gewalt und Prostitution

Mit Gewalt sind insbesondere Prostituierte auf dem Strassenstrich konfrontiert. Deshalb verlangt die Kapstädter Organisation Sex Worker Education and Advocacy Team (SWEAT) die Legalisierung der Prostitution. Sie hofft, dass dadurch die Verhandlungsmacht der Frauen und Mädchen auf dem Strassenstrich gestärkt wird. SWEAT postuliert, dass es 2008 anteilmässig wenige ausländische Zwangsprostituierte gab. Es hätten sich genug junge Südafrikanerinnen prostituiert, meist wegen mangelnder Einkommensalternativen; dabei hätten sie vergleichsweise gut verdient. Wegen dieser Einschätzung werfen Kritikerinnen SWEAT vor, sie würden die Freiwilligkeit überbetonen und strukturelle Gewaltverhältnisse in der Prostitution verharmlosen. Diese blieben laut Kritikerinnen auch bei der Legalisierung bestehen, denn SWEAT ignoriere die mächtigen lokalen und international vernetzten kriminellen Banden, die Mädchen auf den Strassenstrich schickten. Viele südafrikanische Frauen- und Kinderrechtsexpertinnen lehnen die Legalisierung der Prostitution ab, weil das die kriminellen Netzwerke nicht beeinträchtigen, sondern sogar noch fördern würde.

Neben nationalen Menschenrechtsorganisationen setzt sich die Internationale Organisation für Migration (IOM) seit Jahren mit diesen Problemen auseinander. Ihre Studien gehen von internationalen Abkommen gegen das organisierte Verbrechen aus und enthalten Vorschläge für die transnationale Kooperation staatlicher Institutionen und Empfehlungen für die südafrikanische Polizei. Fraglich ist, wie sich die südafrikanischen Verantwortlichen nun entscheiden und wie sich die Fussballfans während der WM 2010 verhalten werden. ■

Rita Schäfer, Dr., Ethnologin, Forschungen in Sierra Leone, Simbabwe, Namibia und Südafrika. Gastprofessorin an der Universität Göttingen und an der Humboldt-Universität Berlin. Gutachterin für die Entwicklungszusammenarbeit. Mehrere Buchveröffentlichungen, u. a. «Im Schatten der Apartheid» (2. aktualisierte Auflage 2008) und «Frauen und Kriege in Afrika» (2009).

Grasswurzel-Friedensprojekt in Südafrika

Von Basel-Stadt unterstützt

Ein Friedensprojekt im südafrikanischen Township Mdantsane, ein Mediationsbüro am Gericht, eine Opferhilfe-Einheit einer Polizeistation, ein Projekt der «Stummen Zeugen» an einer Highschool, sechs Einheimische, die dort arbeiten, zwei temporäre Projektbegleiterinnen, eine aus Südafrika, eine aus Deutschland. Ein Bericht aus dem Mdantsane-Peace-Projekt von Jana Kawina.

Das erste Zusammentreffen fand im Oktober 2008 statt. Es war gezeichnet von Neugierde und Enthusiasmus, gleichzeitig aber auch von Vorsicht und Verständnisschwierigkeiten. Schon hier kristallisierte sich heraus, dass es den einzelnen Arbeitsfeldern an einer genauen Projektbeschreibung fehlte, mit der man sich nach aussen hätte präsentieren können. In den folgenden Wochen fanden zahlreiche Treffen statt, in denen Fragezeichen in Ausrufzeichen verwandelt wurden. Es entstand für jeden der drei Bereiche «Mediation Office», «Victim Support Unit» und «Silent Witnesses» eine Projektbeschreibung, welche die Aufgabenfelder, die Zielsetzung und die genauen Arbeitsabläufe beinhaltet.

Im Dezember 2008 schloss sich hieran ein dreitägiger Workshop an. Zum einen gab es Schulungseinheiten zum Thema Mediation und häuslicher Gewalt, die von einem Anwalt geleitet wurden. Zum anderen ging es um Reflexion, Problemanalyse und Zielsetzungen für das Jahr 2009. Zuerst einmal stellte jedes der drei Projekte ihren Arbeitsbereich vor, was dank der Zusammenarbeit in den vorherigen Wochen wesentlich detaillierter und verständlicher war.

Schulung anhand von Fällen

Monde und Nolast, die im Mediation Office arbeiten, stellten einiger ihrer Fälle vor. Ein Fall betraf einen Nachbarschaftskonflikt. Der eine Nachbar verbrannte nach dem Mähen das Gras auf seinem Grundstück, was aufgrund der Rauchentwicklung den anderen Nachbarn verärgerte. So wurde der Fall von der klagenden Partei im Mediation Office vorgestellt. Die Mediatoren luden die zweite Partei zu einer Anhörung ein. Danach fand ein Zusammentreffen mit allen Beteiligten statt, bei dem eine schriftliche Übereinkunft verfasst wurde. Diese beinhaltete die Abmachung, dass der eine Nachbar sein Gras in Zukunft entweder kompostiert oder zur Müllhalde bringt.

Solch ein Fall mag belanglos scheinen. Aus solchen Fällen entstehen jedoch häufig jahrelange Nachbarschaftskonflikte oder der Fall wird vor dem Gericht ausgefochten. Da das Gericht jedoch von Fällen überschwemmt wird, kommt es zu langen Wartezeiten, die oft von Gesetzes wegen von einer Partei im Gefängnis verbracht werden müssen. Das führt wiederum zu direktem Kontakt zwischen Schwerkstverbrechern und Kleinkriminellen, die so Teil der «Szene» werden.

Virginia und Ntombomzi, beides «stille Zeugen» – silent witnesses – berichteten, dass ihre Aufgabe darin bestehe, im Schulhof der Ulwazi Highschool zu patrouillieren. Wenn Schüler nicht am Unterricht teilneh-

men oder Marihuana rauchen, wird dies von den silent witnesses an die Lehrer weitergeleitet, die dann Massnahmen ergreifen.

Ziele für die Arbeit gesteckt

Zum Ende des Workshops wurden Veränderungen und Ziele für 2009 festgelegt. Seit diesem Zeitpunkt besuchen die Projektbegleiterinnen mindestens einmal wöchentlich die einzelnen Projekte. Hier werden Probleme besprochen und die weitere Arbeit geplant. Zudem findet einmal monatlich ein Treffen aller Mitarbeiter statt, in dem die Entwicklung und Schwierigkeiten der einzelnen Bereiche vorgestellt und diskutiert werden. Darüber hinaus wird Monde als Mediator schrittweise an die Rolle des Projektleiters herangeführt, so dass er ab September 2009 die Aufgabe der Projektbegleiterinnen übernehmen kann.



Selbsthilfe auf Gemeindeebene: BewohnerInnen vermitteln bei Konflikten. Die überlasteten und oftmals wenig effizienten offiziellen Gerichte werden entlastet; eine neue – und offiziell anerkannte Schiedsgerichtsbarkeit entsteht.
Bild: Mdantsane Peace Project

Alle Mitarbeiter nehmen an einem Computerkurs teil, in dem sie das Arbeiten am PC lernen. Zudem wurden im Mediation Office und der Victim Support Unit alle Fälle der vergangenen Jahre als Statistiken in einer Excel-Datenbank erfasst. Seit Beginn des Jahres dokumentieren die Silent Witnesses jeden Fall in einem Reportbuch.

Momentan wird ein Logo für das Mediation Office entworfen, das notwendig ist, um sowohl eine Beschilderung vorzunehmen, als auch um einen ansprechenden Briefkopf und einen Stempel zu haben. An der Victim Support Unit finden Gespräche mit einem neuen Polizeikommandanten statt, um im April in einen von der EU gespendeten Container umzuziehen. Das Langzeitziel ist, dieses lokale Friedensprojekt auf weitere Bereiche im Township Mdantsane auszuweiten. ■

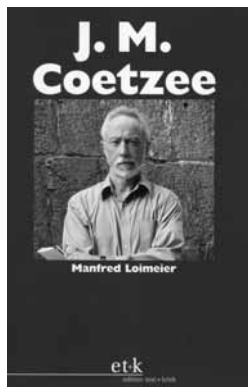
Helfen auch Sie mit!

Das Afrika-Komitee unterstützt das Mdantsane-Friedensprojekt – mit Hilfe des Kantons Basel-Stadt. Helfen auch Sie mit: Ihre Spende auf Konto 40-17753-3, Vermerk «Mdantsane».



Musik und populäre Kultur in Nigeria
bm. Die formativen Jahre unmittelbar vor und nach der Unabhängigkeit in Nigeria sind in dem fast 700 Seiten umfassenden Buch des profilierten Kenners afrikanischer Musik Wolfgang Bender umfassend dargestellt. Dabei steht zwar die Musik im Zentrum, sie ist aber eingebettet in soziale und andere kulturelle Manifestationen der Populärkultur, die subversive Qualitäten hatte und auch Protest und Widerstand zum Ausdruck brachte. Auf der Basis der Praise Culture entstanden unter anderem Loblieder über die Helden des afrikanischen Befreiungskampfes wie Patrice Lumumba. Die neue und aufregende Popular Culture dehnte sich auf weite Bereiche des Lebens aus: Stoffe, Kleider und Frisuren wurden durch sie geprägt. ■

Wolfgang Bender:
Der nigerianische Highlife, Musik und Kunst in der populären Kultur der 50er- und 60er-Jahre. Wuppertal 2007 (Peter Hammer Verlag; Edition Trickster)



Energie und Klima
hus. Energie und Klima ist der Schwerpunkt der neusten Ausgabe des «Widerspruch» (Nr. 54/2008). Der in den Beiträgen behandelte Fächer ist breit und reicht von Agrotreibstoffen über den Handel mit CO₂-Zertifikaten bis zur EU-Politik des «Klimakapitalismus». Ein guter Reader zum Thema, der in zahlreichen Punkten zum Nachdenken und weiteren Nachfragen anregt. ■

Widerspruch 53, Zürich 2008
(Widerspruch, Postfach, 8031 Zürich, www.widerspruch.ch)



Leben in Nigerias Wirren
sg. Sein einstiges Gelöbnis, nach «Aké» nichts Biografisches mehr zu schreiben, hat Wole Soyinka gebrochen, um – wie er selber schreibt – die zahllosen biografischen Versuche und Vorhaben seiner Interpreten nicht zu sehr in die Irre gehen zu lassen. Einige Seiten des umfassenden Werk sind denn auch der Selbstaufklärung des «wahnhaften Dranges» nach Wahrhaftigkeit gewidmet, die seine «Rückkehr in die reale Welt» nach dem zweijährigen Gefängisaufenthalt während des Biafra-Krieges begleitete – doch dieser Drang ist im Werk des Dichters immer zentraler Vektor geblieben. Häufig in nachsichtiger Selbstironie beschreibt er die wichtigsten Eckpunkte seines Erwachsenenlebens, seine Rolle und Beziehung zu anderen Akteuren und zugleich, was in ihm, mit ihm dabei passiert.

Einen Grossteil nehmen die tragischen politischen Entwicklungen in Nigeria ein, in denen er als ein leitender Kopf der zivilgesellschaftlichen Opposition im Auge der Stürme agiert. Doch es wird nicht einfach zum subjektiven Geschichtsbuch. Kaleidoskopartig mischen sich seine Eindrücke von Orten, Portraits von Freunden, Begegnungen mit Grössen der Welt- und der Afrikapolitik und die Koordinaten seines Exils während der Diktatur von Soni Abacha hinein. Dazwischen, wie Verankerungen, malt er sein wechselndes Umfeld aus, charakterisiert wortgewaltig das Verhalten der Menschen, dreht den Film seines übervollen Lebens. Und ist immer auch bei sich selber, registriert die leiseste Färbung, die Assoziationen seines Erlebens und lässt den Leser daran teilhaben... «Wenn der Geist afrikanischer Demokratie eine Stimme und ein Gesicht hat, dann jenes von Wole Soyinka», schreibt H. L. Gates in der New York Times zu diesem Buch. ■

Wole Soyinka:
Brich auf in früher Dämmerung. Zürich 2008 (Amman Verlag)

Portrait eines aussergewöhnlichen Schriftstellers
red. Der südafrikanische, in Australien lebende Schriftsteller J. M. Coetzee erhielt 2003 den Nobelpreis für Literatur. Seine Romane wie «Leben und Zeit des Michael K.» oder «Schande» sind Parabeln auf den Alltag in Südafrika sowohl der Apartheid als auch der Nach-Apartheid. Während Coetzee auch aufgrund seiner nüchternen, klaren Sprache als Solitär in der anglophonen Literatur gilt, nimmt er mit seinen Büchern doch deutlich Bezug auf die Werke der Weltliteratur und stellt sich so in den Kontext des Postkolonialismus. Dies wird umso deutlicher, wenn die Lektüre seiner Romane von der Lektüre seiner Essays begleitet wird. Hinzu kommt, dass die Themenfolge seiner Aufsätze – Farmromane, Zensur, autobiografisches Schreiben – in einer bemerkenswerten Weise über Coetzee selbst Auskunft gibt, der sonst als sehr zurückhaltend gilt, was Angaben zu seiner Person betrifft. Neben der Prosa und den Essays ist diese Monografie aber auch der frühen Lyrik gewidmet, mit der Coetzee sein belletristisches Schreiben eröffnete. Mit dieser Gesamtschau, die auch Coetzees ersten, noch nicht ins Deutsche übersetzten Roman «Duskländers» sowie den gerade erst erschienenen jüngsten Roman «Tagebuch eines schlechten Jahres» umfasst, liefert dieser Band einen einzigartigen Einblick in das Werk eines noch keineswegs ganz entdeckten Autors.

Manfred Loimeier als Autor hat bereits verschiedene Publikationen zu afrikanischen Schriftstellern wie auch 2006 eine Antologie mit Kurzgeschichten aus Südafrika herausgegeben. Seine vorliegende Publikation erschliesst uns den hervorragenden südafrikanischen Schriftsteller – eine Lektüre, die nur empfohlen werden kann. ■

Manfred Loimeier:
J. M. Coetzee.
München 2008 (edition text+kritik)

Neu auf dem Büchertisch

Harald A. Friedl:

Kulturschock Tuareg

Eine Spurensuche nach dem Aufbruch einer idealisierten, traditionsgeprägten Kultur ins 21. Jahrhundert.

Reise Know-How 2008

Wangari Maathai:

Afrika, Mein Leben

Als Wangari Maathai mit dem Friedensnobelpreis geehrt wurde, feierte ganz Afrika. Nun erzählt sie die aussergewöhnliche Geschichte ihres Lebens. Sie gründet das Umweltschutzprogramm «Green Belt Movement». Doch ihr Engagement bringt ihr nicht nur Zustimmung ein...

Dumont 2008

Mascha Madörin:

Helfer der Apartheid

Als «verlässlichen Freund» hat der ehemalige Präsident des südafrikanischen Apartheid-Staates, F.W. de Klerk, die Schweiz bezeichnet. Tatsächlich: Die Schweizer Banken stützten das Apartheid-Regime noch, als es bereits weltweit geächtet war.

edition 8, 2008

Neue CD



Staff Benda Bilili / Très Très Fort

Dass der Kongo nicht nur Krieg und Elend bedeutet, sondern einen riesigen Reichtum an Kultur und Musik zu bieten hat, ist ja schon lange bekannt. Denken wir an Rumba, an Soukous. An die Legenden Franco et OK Jazz, Dr. Nico, Tabu Ley, Wendo Kolosoy, M'Bilia Bell, Tshala Muana oder Sam Mangwana: wenige Namen aus einer schier unerschöpflichen Musikszene.

Einer Musikszene, welche nicht nur schicke Clubs, Pariser Luft und solide Studioarbeit kennt, sondern auch auf der Strasse breit und gekonnt lebt und zu erleben ist.

Durch das engagierte belgische Musik-Label Crammed Discs gibt es bei uns solche Musik zu hören. So Konono No. 1. Eine wilde Strassentruppe, die mit einfachsten Mitteln einen elektrischen Fingerklavier-Sound macht, den zu hören echt Freude macht. Rauhe,

vibrierende Strassenmusik. Kompromisslos und von einer eigenen Eleganz.

Die neueste Entdeckung von der Crammed-Crew ist nun die Kinshasa-Strassenband Staff Benda Bilili. Die Band entstand aus dem grossen Meer der heimatlosen Strassenkinder. Musikalische Selbstorganisation zum Überleben. Dazu kommt noch, dass Staff Benda Bilili aus zehn gelähmten, handicapierten Musikerinnen und Musikern besteht. Heimatlos und mit Kinderlähmung. Musikerinnen und Musiker welche sich in allerlei abenteuerlichen Rollstühlen, Behinderten-Velos und -Töffs bewegen. Eine verschworene Truppe, die einen Sound macht von einer Einzigartigkeit und einem Können, welches nur so von Ideen und Vielfalt sprüht. Mit einfachsten akustischen und elektrischen Gitarren, Bass, Perkussion und umwerfendem, oft mehrstimmigen Gesang. Dazu gibt es da noch eine elektrifizierte Laute, welche Töne macht, die man noch nie gehört hat. So etwas wie ausserirdischer Moog-Sound. Rumba dringt durch, aber plötzlich auch Funk im Stile von James Brown. Und das im Strassen-Gang-Stil gespielt. Fantastisch. Diese Leute spielen Musik mit Hingabe und Kraft. Absolut betörend. Die CD «Très Très Fort» ist ein wundervolles Werk.

Auch die Aussenaufnahmen aus dem Zoo von Kinshasa, in dessen Umgebung die Staff lebt, überzeugen. Musik zum Träumen mit vorzüglichen Melodien. Und immer wieder dieser Bezug auf die grossen Jahre der kongolesischen Musik, die klassischen Jahre von Franco und seiner OK Jazz Band. Und Vincent Kenis, welcher schon Konono No. 1 produzierte, hat gute Arbeit geleistet. So ist nun die vorliegende CD schon was wie das Album des Jahres: Très Très Fort. Jedes Stück ein Hammer. ■

Staff Benda Bilili. Très Très Fort. 11 Tracks und 4 Bonus Video Tracks. Crammed Discs. 2009.
Konono No. 1. Congotronics. 7 Tracks. Crammed Discs. 2004.

Die Besprechung verfasste Pius Frey.

Bezugsadresse für CD:
Buchhandlung Comedia,
Katharinengasse 20,
9004 St. Gallen.
medien@comedia-sg.ch.
www.comedia-sg.ch, mit
umfassendem
Angebot aktueller CDs mit
Musik aus Afrika.

Alles Lügner?

www.fluechtlingstag.ch



Spendenkonto PC 30-1085-7

Weltflüchtlingstag 2009 / Aktivitäten 20.-21.Juni

Mit Unterstützung des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge UNHCR.

Stadtsafari «Afrika in Basel»

Dienstag, 16. Juni 2009, 19 Uhr,
Besammling auf der Pfalz (hinter dem Münster)

Anmeldung bis 15. Juni ans Afrika-Komitee:
info@afrikakomitee.ch oder Telefon 061 265 28 13.



Auch ein Stück Afrika
in Basel: «Völkerschauen» im
Basler Zoologischen Garten.

Zur diesjährigen Jahresversammlung hat sich das Afrika-Komitee etwas Besonderes einfallen lassen. Den von Afrikanerinnen und Afrikanern im Verlauf der Jahrhunderte in Basel hinterlassenen Spuren wollen wir auf einem 90-minütigen Stadtrundgang folgen. Ob Völkerschauen im Basler Zolli, Jazz oder Afroshops: Die Stadt Basel besitzt eine lange Tradition von vielfältigen und spannenden Beziehungen mit dem afrikanischen Kontinent. Diese jahrhundertealten Verflechtungen wirtschaftlicher, politischer, kultureller und wissenschaftlicher Art haben die Entwicklung Basels beeinflusst und Spuren hinterlassen. Wie lebten Afrikanerinnen und Afrikaner im 19. Jahrhundert in Basel? Wieso kam es zu den Völkerschauen im Basler Zoo, und wie wurde das Bild des exotischen Afrikas im Musiklokal Atlantis oder in den Kunstgalerien zelebriert?

In mehreren Semestern haben Studierende des Zentrums für Afrikastudien in Basel etwas von der langen und reichen Geschichte zwischen Basel und Afrika aufgearbeitet. Dies wird der Öffentlichkeit als Stadtrundgang zugänglich gemacht, an dem auch die weniger erfreulichen Beziehungen zwischen der Basler Textilindustrie, Banken, Handelshäusern und Sklavenhandel aufgedeckt werden, die das Fundament für den heutigen Wohlstand in Basel legten. Mit dem Thema der Anti-Apartheid-Bewegung in Basel wird die lange Geschichte zwischen Basel und Afrika bis in die jüngste Vergangenheit hinein aufgerollt.

Weitere Informationen: Empfohlen wird die attraktiv präsentierte Broschüre: «Stadtsafari – Afrika in Basel», Basel 2008, 32 Seiten Englisch/Deutsch, Fr. 5.– (zu beziehen bei: Verein Frauenstadtrundgang Basel, Steinengraben 5, Postfach 1406, CH-4001 Basel, Frauen-Stadtrundgang@unibas.ch)

LeserInnenservice

Ich bestelle beim Afrika-Komitee

- «Südafrikanische Küche», 2., erw. Auflage (Fr. 29.– + Fr. 4.– Porto)
- «Afrikanisch Kochen» (Fr. 28.– + Fr. 4.– Porto)
- Oliver Mtukudzi, «The Other Side», CD (Fr. 27.– + Fr. 2.– Porto)
- Afrika-Bulletin 133: Standortbestimmung Entwicklungszusammenarbeit
- Afrika-Bulletin 132: Afrikanische Diaspora
- Afrika-Bulletin 131: Die Schweiz und die Sklaverei
- Afrika-Bulletin 130: Zukunft Biodiesel?
- Afrika-Bulletin 129: Kampf um Rohstoffe
- Afrika-Bulletin 128: Wasser als Schicksalsfrage
- Afrika-Bulletin 127: Zimbabwe – Mugabe muss weg!
- Afrika-Bulletin 126: Weltsozialforum Nairobi 2007
- Afrika-Bulletin 125: Indigene im südlichen Afrika

Ich abonniere das «Afrika-Bulletin»

- Ich werde Mitglied des Komitees (Fr. 60.–/Euro 40.– Jahr, inkl. Bulletin)
- Jahresabonnement (Fr. 25.–/Euro 20.–)
- Unterstützungsabonnement (Fr. 50.–/Euro 35.–)

Ich möchte mehr über das Afrika-Komitee wissen

- Jahresbericht 2007
- Plattform des Afrika-Komitees
- Ich kann für das Afrika-Bulletin werben, sendet mir Probeexemplare zum Verteilen

Name

Strasse

PLZ/Ort

Jahresversammlung des Afrika-Komitees

Dienstag, 16. Juni 2009, 18.15 Uhr,
Gerbergasse 14, 4. Stock

Die Mitglieder erhalten die Einladung, den Rechenschaftsbericht und die Jahresrechnung per Post zugestellt.

Im Anschluss an die Jahresversammlung sind alle an den Stadtrundgang eingeladen (siehe Artikel auf dieser Seite).

Das Afrika-Bulletin im Netz

Diese und ältere Ausgaben und zusätzliche Materialien finden Sie im Netz unter:
www.afrikakomitee.ch